

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsvorsitzender Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Beigeordneter Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Uwe Nolle

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Beigeordneter Michael Veh

Mitglied WBV-Fraktion

Ratsmitglied Sabine Aretz

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Mitglied Gruppe UWG/Grüne

Beigeordneter Michael von den Berg

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied BASU

Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernenten

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Claudia Wachenfeld

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hanseemann

Fachbereichsleitung Städtische Datenverarbeitung Ulrich Dierkes

Fachbereichsleitung Finanzen Jörg Valnion

Fachbereich Finanzen Tanja Harnisch

Fachbereich Finanzen Jan Hülsemann

Fachbereich Finanzen Torben Müller

Pressesprecherin Julia Muth

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Gäste

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Reinhold Keil

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Stv. Ortsbürgermeister Thomas Lehmann (zu TOP 7.1)

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Siegfried Kasiske

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Christine Will

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 19

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5	Vortrag Rechtsanwalt Dr. Endemann (Endemann.Schmidt, Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, München) zum Thema "Rechtliche Erläuterungen zu den anhängigen Ermittlungsverfahren gegen Ratsmitglieder im Hinblick auf Beschlüsse zum Thema „St. Willehad Hospital“ (Gesellschaft und Betriebsgrundstücke)"	
7.1	"Schließung Verwaltungsstelle Sengwarden"	103/2016
	Änderung der Hauptsatzung: Streichung § 11 (2)a	
7.2	Aufhebung der Satzung von Schulbezirken für die Förderschulen	191/2016
8.1.1	Restrukturierung der städtischen Beteiligungen - Vollvermögensübertragung der "WTF Stadtwerke GmbH" auf die Stadt Wilhelmshaven	153/2016
8.1.2	Nachbewilligung zum Haushalt 2016	172/2016
8.1.3	Verschmelzung der "Grund und Bau Gewerbeansiedlungs-Verwaltungs GmbH" auf die Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH"	134/2016
8.2.1	Jahresabschluss 2015 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	156/2016
8.3.1	Bebauungsplan Nr.144 A - Bohnenburger Deich - Entwurfsbeschluss der Satzung über die Aufhebung	157/2016
8.3.2	47. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven – Potenburg - 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Feststellungsbeschluss	158/2016
8.3.3	Bebauungsplan Nr.179 – Potenburg - 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss	159/2016
8.3.4	Bebauungsplan Nr. 156 (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan 28 (VEP 28)-Tonndeich / Ulmenstraße - Entwurfsbeschluss	160/2016
8.3.5	Bebauungsplan Nr. 10, 2. Änderung (Altengroden) – Antrag der SPD-Fraktion	528/2016
8.4.1	Neufassung der Baumschutzsatzung der Stadt Wilhelmshaven	164/2016
8.5.1	Kunstrasenplatz Plauenstraße - Erneuerung des Oberbelages	85/2016
8.6.1	Übertragung von Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb GGS - Kapitaleinlage	155/2016
8.7.1	Glasüberdachungen Kieler Straße und Börsenstraße	169/2016
8.8.1	Namensgebung der "Grundschule in der Gartenstadt" zum Schuljahr 2016/17	141/2016
10	Einwohnerfragestunde	

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Möhle eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stoffers informierte, der **Tagesordnungspunkt 8.8.1** „Namensgebung der „Grundschule in der Gartenstadt“ zum Schuljahr 2016/17“ werde **zurückgezogen**, da dieser im Verwaltungsausschuss nicht abschließend vorbereitet und auf die Sitzungen in der nächsten Woche vertagt worden sei. Anschließend ging Herr Stoffers auf die Gründe ein, die zur Vertagung geführt hatten.

Herr Dr. von Teichman brachte anschließend seinen ersten Dringlichkeitsantrag ein und begründete die Dringlichkeit:

„Der Rat möge beschließen:

Der Beschluss vom 17.2.2016 zur Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der Friedenstraße wird aufgehoben.“

Herr Möhle erklärte, der Punkt gelange laut Geschäftsordnung dann auf die Tagesordnung, wenn die Dringlichkeit vorliege und vom Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder anerkannt werde.

Herr Stoffers begründete, warum in diesem Fall der Tatbestand der Dringlichkeit (die Beratung und Entscheidung kann nicht bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben werden, ohne dass Nachteile entstehen, die nicht wieder beseitigt werden können) nicht gegeben sei und wies darauf hin, dass die Gutachtaufträge bereits erteilt worden seien. Da es sich hier um eine vertragliche Verpflichtung handele, werde die Stadt schadenersatzpflichtig, sollte sie diese nicht einhalten.

Die **Dringlichkeit wurde daraufhin mehrheitlich abgelehnt**; die erforderliche Stimmenzahl wurde nicht erreicht.

Herr Dr. von Teichman trug einen weiteren Dringlichkeitsantrag mit anschließender Begründung vor:

„Der Rat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Sitzungen des Sport- und Kulturausschusses, des Finanzausschusses, des Verwaltungsausschusses und des Rates betr. die Themenbereiche „Kultur“ (Stiftung, Planungsverlagerung an WTF, Ankauf Jahnhalle, Ausbau Wattenmeerhaus etc.) ab dem 16.6. bis 22.6.16 abzusagen und für die weitere Beratung einen ausreichenden Zeitraum (mindestens 4 Wochen Abstand zwischen beratenden Ausschüssen und Ratsbeschlüssen) vorzusehen.“

Herr Stoffers wies darauf hin, dass auch hier eine Dringlichkeit nicht vorliege. Sofern die Vorbereitungszeit für zu knapp erachtet werde, bleibe es den Ratsmitgliedern unbenommen, Vertagungsanträge zu stellen.

An der anschließenden Diskussion über die Terminierung der Sondersitzungen und die daraus resultierende Dringlichkeit des Themas beteiligten sich die **Herren Becker, Debring, Leinert, Walpurgis, Oberbürgermeister Wagner, Walzner, Dr. von Teichman** und **Hellwig**.

Auch hier wurde die **Dringlichkeit** mangels erforderlicher Stimmenzahl **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form (Streichung Tagesordnungspunkt 8.8.1) festgestellt.

- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 26.04.2016 (soweit vorliegend)

Das Protokoll lag noch nicht vor.

- 4 Aktuelle Stunde

Herr Dr. von Teichman trug sein Anliegen zum Thema „Pachtverträge Banter See und Ergebnispräsentation durch den Oberbürgermeister mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD“ vor.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich neben **Herrn Dr. von Teichman** als Antragsteller **Herr Leinert, Herr von den Berg, Frau Weinstock, Herr Hellwig, Herr Becker** und **Oberbürgermeister Wagner**.

- 5 Vortrag Rechtsanwalt Dr. Endemann (Endemann.Schmidt, Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, München) zum Thema "Rechtliche Erläuterungen zu den anhängigen Ermittlungsverfahren gegen Ratsmitglieder im Hinblick auf Beschlüsse zum Thema „St. Willehad Hospital“ (Gesellschaft und Betriebsgrundstücke)"

Herr Dr. Endemann präsentierte seinen Vortrag zum Thema "Rechtliche Erläuterungen zum Stand der Ermittlungsverfahren „St.-Willehad-Hospital“. Dabei ging er auf den zugrunde liegenden Sachverhalt und den Verdacht ein, aufgrund dessen die Ermittlungen erfolgten, außerdem gab er nähere Ausführungen zu den Grundlagen des Verdachts, den Gründen für die Ratsentscheidung, den Folgen der Nichtdurchführung der Fusion und zu den bei Planung und Durchführung der Fusion einbezogenen Personen und Stellen.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

An der folgenden kurzen Diskussion beteiligten sich **Herr Debring, Herr Dr. von Teichman** und **Herr Becker**.

Herr Debring konnte die Aufregung um den Verkauf des Gebäudes nicht nachvollziehen; er appellierte, die Entscheidung der Staatsanwaltschaft in Ruhe abzuwarten. Keiner sonst sei berechtigt, über die Richtigkeit der getroffenen Entscheidungen zu befinden. Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch hinsichtlich des Verkaufspreises des Willehad-Gebäudes und Herr Becker betonte, die WBV stehe zu ihrer Entscheidung, die man nach ausführlichen Informationen getroffen habe.

- 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 "Schließung Verwaltungsstelle Sengwarden"
Änderung der Hauptsatzung: Streichung § 11 (2)a

103/2016

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.05.2016 vor.

Herr Stoffers teilte mit, die Vorlage sei im Ortsrat am 08.04. und am 13.05. im Rahmen einer Anhörung thematisiert worden. Die Abstimmung am 13.05. habe mit 4 Ja- und 4 Nein-Stimmen eine Ablehnung ergeben. Herr Lehmann als stellvertretender Ortsbürgermeister habe daraufhin um Abgabe einer Stellungnahme im Rat gebeten. Dieses Recht stehe ihm gem. § 94 des Niedersächsischem Kommunalverfassungsgesetzes zu.

Herr Lehmann wurde daraufhin in den Ratssaal gebeten und gab anschließend seine Stellungnahme im Namen des Ortsrates ab: Die Vorlage habe bei den 2 Abstimmungen im Ortsrat keine Mehrheit gefunden. Von keiner Seite werde die Gültigkeit des Grenzänderungsvertrages in Frage gestellt, doch habe sich nach Auffassung des Ortsrates auch nichts an den im Vertrag genannten Aufgaben der Verwaltungsstelle geändert. Der Ortsrat bitte daher den Rat, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Herr Felbier erklärte, die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Anhand einiger Beispiele verdeutlichte Herr Felbier, dass Inhalte des Grenzänderungsvertrages sehr wohl geändert werden können und dies in der Vergangenheit bereits verschiedentlich vollzogen wurde. Die Bürger hätten darüber hinaus in den letzten Jahren bezüglich der Verwaltungsstelle bereits „mit den Füßen abgestimmt“, dies werde durch die geringen Fallzahlen der in der Verwaltungsstelle bearbeiteten Vorgänge belegt. Da außerdem das Personal gerade im Bereich „Bürgerangelegenheiten“ hoch spezialisiert sein müsse, sei eine Erledigung der notwendigen Aufgaben an einer externen Stelle gar nicht mehr in vollem Umfang möglich. Diese Aufgaben ließen sich im Bürgeramt der Stadtverwaltung daher wesentlich besser erledigen. Doch müsse hier die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln für die Sengwarder Bürger verbessert werden. Zwar halte er die damit verbundenen Emotionen für nachvollziehbar, dennoch sei das Thema weder neu noch die Entscheidung unvermittelt getroffen worden. Die Stadt stehe zum Grenzänderungsvertrag und bringe zahlreiche Haushaltsmittel in die betroffenen Ortsteile ein. Viele der damaligen Ziele des Zusammenschlusses seien bereits erreicht worden. Er appelliere daher, auch weiterhin nachhaltig und professionell zu entscheiden und sich nicht ausschließlich auf das Althergebrachte zu berufen.

Herr Dr. von Teichman bemängelte die fehlende Offenheit seitens der Verwaltung im Umgang mit dem Ortsrat. Er vermisste zudem eine Rechtsgrundlage, aufgrund derer die Verwaltungsstelle bereits jetzt, vor dem Ratsbeschluss, faktisch geschlossen sei. Er könne durchaus nachvollziehen, dass die Bewohner darüber erobert seien. Er bitte, der Stellungnahme des Ortsrates Beachtung zu schenken und zu überlegen, wie die Zusammenarbeit in Zukunft gestaltet werden solle. Erst danach halte er eine Entscheidung hinsichtlich der Verwaltungsstelle für sinnvoll.

Frau Breuer signalisierte ebenfalls die Zustimmung der WBV-Fraktion. Keiner wolle den Sengwarder Bürgern schaden. Sie wolle aber darauf aufmerksam machen, dass die Verwaltungsstelle bereits mit dem Beschluss aus dem letzten Jahr, die Hilfsfunktion der Verwaltungsstelle entfallen zu lassen, faktisch geschlossen sei. Eine weitere Öffnung der Verwaltungsstelle sei darüber hinaus angesichts der aktuellen Auslastung wenig sinnvoll. Keinesfalls aber stehe der Wegfall des Ortsrates und des Ortsbürgermeisters zur Debatte. Diese würden auch weiterhin durch die Verwaltung unterstützt. Dafür sei eine Verwaltungsstelle aber nicht erforderlich.

Herr von den Berg machte auf die Bedeutung der Ortschaften Sengwarden und Fedderwarden für die Stadt aufmerksam: Gerade der dörfliche Charakter, verbunden mit Stadtnähe, sei es, der viele Neubürger anziehe. Um dies zu unterstützen sei die Verwaltungsstelle unerlässlich. So könnte in der Verwaltungsstelle unterstützende Beratungsangebote für Verwaltungsleistungen des Bürgeramtes angeboten werden. Wichtig sei, dort ein vielleicht eingegrenztes, aber dadurch kostenneutrales und sinnvolles Angebot zur Verfügung zu stellen. Den Verwaltungsvorschlag lehne die Gruppe jedoch ab.

Auf Nachfrage von **Herrn Debring** erklärte **Herr Stoffers**, dass die Verwaltung durchgängig im Dialog mit dem Ortsrat gestanden habe. Von dort seien im Vorfeld jedoch trotz des bestehenden Initiativrechts, also des Rechtes, Vorschläge in den Rat einzubringen, keinerlei Lösungsvorschläge eingebracht worden. Der kurz nach der Einwohnerversammlung vorgelegte „offene Brief“ lasse aufgrund seiner Form daran zweifeln, dass dieser tatsächlich die Meinung des Ortsrates widerspiegele. Der Brief sei zum einen nicht von allen Ortsratsmitgliedern unterzeichnet und trage zum anderen nicht eine Unterschrift. Darüber hinaus könne der dort aufgezeigte Vorschlag einer bedarfsgerechten Öffnung der Verwaltungsstelle gar nicht umgesetzt werden, da es aufgrund der ermittelten Fallzahlen gar keinen Bedarf gebe. Die vorgeschlagenen Tätigkeiten seien außerdem nicht ortsspezifisch. Es könne nicht angehen, dass ein Mitarbeiter des Bürgeramtes seine Aufgaben mit in die Verwaltungsstelle nehme, nur um deren Öffnung zu rechtfertigen.

Frau Weinstock wendete ein, dass sich die Bürger bei der Einwohnerversammlung ihrem Empfinden nach überwiegend für den Erhalt der Verwaltungsstelle ausgesprochen hätten. Anschließend zeichnete sie einige Möglichkeiten auf, die es erlaubten, die Verwaltungsstelle offen zu halten.

Frau Fiedelak hielt dem entgegen, die Verwaltungsstelle könne allein aus Fürsorgegründen nicht allein mit einer Person besetzt werden. Hinsichtlich des Initiativrechtes des Ortsrates gebe sie zu bedenken, dass dies in keiner Weise wahrgenommen worden sei. Ein entsprechender Antrag habe nicht vorgelegen.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass bereits im letzten Jahr aufgrund der fehlenden Nachfrage der Wegfall der Hilfsfunktion der Verwaltungsstelle beschlossen worden sei, was einer faktischen Schließung gleich komme. Bei diesem wesentlich tiefer greifenden Schritt habe es jedoch nicht ansatzweise eine Diskussion solchen Ausmaßes gegeben. Er könne das Vorgehen nicht nachvollziehen, warum zum jetzigen Zeitpunkt, für eine Formalie, derartige Probleme entstehen.

Auf Bitten von **Herrn Föhlinger** stellte **Oberbürgermeister Wagner** richtig, dass es bezüglich einem Versuch der reduzierten Öffnung der Verwaltungsstelle im Rahmen der Einwohnerversammlung zu einem Missverständnis gekommen sei. Er habe auf einen entsprechenden Vorschlag lediglich entgegnet, dass der Versuch des Betriebs der Verwaltungsstelle mit verringerten Öffnungszeiten bereits unternommen und aufgrund des geringen Bedarfs wieder eingestellt worden sei.

Eine Wortmeldung von **Herrn Lehmann** wurde vom **Ratsvorsitzenden Möhle** nicht zugelassen. Herr Möhle wies darauf hin, dass Herrn Lehmann das Rederecht lediglich für die Stellungnahme des Ortsrates zugestanden habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Gegenstimmen: Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU; Herr Dr. von Teichman, FDP und 2 Enthaltungen: Frau Linsen-Steiner, WBV-Fraktion und Herr Debring, SPD-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Hauptsatzung durch Streichung des § 11 (2)a und somit die Schließung der Verwaltungsstelle Sengwarden zum 30.06.2016.

7.2 Aufhebung der Satzung von Schulbezirken für die Förderschulen **191/2016**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.06.2016 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen sowie Lernen und Sprache in Wilhelmshaven vom 01.08.2006 wird zum Schuljahr 2016/17 aufgehoben.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 17.50 Uhr bis 18.05 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung über die Vorlagen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

8.1.1 Restrukturierung der städtischen Beteiligungen - Vollvermögensübertragung der "WTF Stadtwerke GmbH" auf die Stadt Wilhelmshaven **153/2016**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.06.2016 vor.

Oberbürgermeister Wagner nahm Stellung zur Vorgeschichte und den Folgen des Beschlusses zur Vollvermögensübertragung der WTF Stadtwerke GmbH auf die Stadt:

Nach den Grundsatzbeschlüssen vom 15.10.2014 und 20.05.2015 zur Vollvermögensübertragung der WTF Stadtwerke GmbH (WTF S) auf die Stadt

Wilhelmshaven im Rahmen Restrukturierung beinhaltet der heutige Beschluss die Zustimmung zum Vermögensübertragungsvertrag.

Durch die Vollvermögensübertragung übernehme die Stadt die gesamten Aktiva und Passiva der WTF S zum 31.12.2015 und WTF sowie Stadtwerke würden zu 100%igen direkten Tochtergesellschaften der Stadt Wilhelmshaven. Weiterhin resultierten aus der Transaktion schätzungsweise 400 T€ Steuern (davon 325 T€ Gewerbesteuer). Die mögliche Steuerbelastung sei im Jahresabschluss 2015 der Kernverwaltung bereits berücksichtigt worden.

Da bei der WTF S keine Arbeitsverhältnisse bestehen, würden von der Vollvermögensübertragung aber keine Arbeitnehmer betroffen sein.

Im Anschluss an die heutige Ratssitzung habe abschließend die Gesellschafterversammlung der WTF S unter notarieller Begleitung über diesen Vertrag zu entscheiden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung: Herr Dr. von Teichman, FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Vermögensübertragungsvertrag, mit dem das Vermögen der WTF Stadtwerke GmbH auf die Stadt im Rahmen einer Vollvermögensübertragung (im Sinne des UmwG) übertragen wird und der im Entwurf als Anlage zu diesem Beschluss genommen ist, hiermit zu. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen und entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien herbeizuführen. Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird von den Beschränkungen des § 181 BGB (Mehrfachvertretungsverbot) befreit.

8.1.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2016

172/2016

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.06.2016 vor.

Oberbürgermeister Wagner erläuterte die Nachbewilligung: Diese resultiere ebenfalls aus der Neustrukturierung der Beteiligungslandschaft; und zwar solle mit dem Gewinn aus der Veräußerung der städtischen Altenwohnanlagen ein Kredit abgelöst werden, der ursprünglich für investive Zwecke durch den Eigenbetrieb RNK aufgenommen worden war. Da der Grund hierfür mit dem Verkauf entfallen sei, solle das Darlehen nunmehr zurückgezahlt werden. Dieser Schritt habe keine Auswirkungen auf den Konzern Stadt, es werde lediglich eine Umschichtung der Schulden vom Eigenbetrieb auf den Kernhaushalt vorgenommen.

Das Thema wurde anschließend kurz zwischen **Herrn Dr. von Teichman**, **Herrn Valnion** und **Oberbürgermeister Wagner** diskutiert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vorgelegte Nachbewilligung nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2016.

Nr.	Produkt	Sachkonten	Betrag €	Deckungsvorschlag (Produkt / Sachkonto)	Betrag €
1.	41.10.01 Krankenhaus- finanzierung / Klinikum WHV	431511 / 731511 Aufwand / Auszahlung aus Zuweisungen an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	2.099.100,00	<u>Mehrerträge / - einzahlungen bei:</u> Produkt: 61.10.10 (Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen) Sachkonten: 311111/611111 (Schlüsselzuweisungen) <u>Minderaufwand / - auszahlungen bei:</u> Produkt: 61.10.10 (Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen) Sachkonten: 452111/752111 (Zinsen Liquiditätskredite)	1.929.500,00 169.600,00

8.1.3 Verschmelzung der "Grund und Bau Gewerbeansiedlungs-Verwaltungs GmbH" auf die Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH" **134/2016**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.06.2016 vor.

Oberbürgermeister Wagner erläuterte anhand einer Übersicht die Auswirkungen der Verschmelzung auf den Konzern Stadt.

(Die Übersicht ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.)

Die Frage von **Herrn Föhlinger** nach dem Verbleib der Arbeitnehmer aus dem Bereich der Flüchtlingsbetreuung, die bei der Grund und Bau Gewerbeansiedlungs-Verwaltungs GmbH angestellt waren, beantwortete **Herr Stoffers** dahingehend, dass die Verschmelzung keinen Einfluss auf das Personal habe, da die Vertragsverhältnisse auf die Beteiligungsgesellschaft übergehen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Verschmelzung der „Grund und Bau Gewerbeansiedlungs-Verwaltungs GmbH“ auf die „Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH“ im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme im Sinne des Umwandlungsgesetzes zu.

8.2 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungs-
fragen (Ratsherr Jacques)

8.2.1 Jahresabschluss 2015 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ **156/2016**
- Entlastung Betriebsleitung -

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen vom 30.05.2016 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2015 der SDW zum 31.12.2015 wird gem. Abschlussprüfung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 642.935,58 € festgestellt. Dieser Überschuss wird dem Kernhaushalt zugeführt.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

8.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schmidt)

8.3.1 Bebauungsplan Nr.144 A - Bohnenburger Deich - **157/2016**
Entwurfsbeschluss der Satzung über die Aufhebung

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.06.2016 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der Satzung über die Aufhebung des **Bebauungsplans Nr. 144 A-BOHNENBURGER DEICH** - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.3.2 47. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven **158/2016**
-Potenburg-
1. Behandlung der Stellungnahmen und
2. Feststellungsbeschluss

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.06.2016 vor. Er hob die große Bedeutung des Baugebietes für die Stadt hervor und bezeichnete den Beschluss als richtigen Schritt.

An der sich anschließenden lebhaften Debatte, in der es hauptsächlich um die Ansiedlung von Nahversorgern im neuen Baugebiet sowie um die Folgen für das benachbarte Gewerbegebiet Güterstraße ging, beteiligten sich **Herr von den Berg, Herr Dr. von Teichman, Herr Hellwig, Frau Breuer, Herr Heinemann, Herr Becker, Herr Leinert, Oberbürgermeister Wagner** und **Herr Walpurgis**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 2 Gegenstimmen: Herr von den Berg, Gruppe UWG/Grüne und Herr Dr. von Teichman, FDP und 1 Enthaltung: Frau Weinstock, BASU)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 6 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S.2414,), geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. IS. 2585) i. V. m. den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen die **47.Änderung des Flächennutzungs-plans 1973 - POTENBURG** - zur Feststellung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 77) beschlossen. Sie sind als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB in der Fassung vom 30.05.2016 wird beschlossen und ist der 47. Änderung des Flächennutzungs-planes von 1973 gem. § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch beigelegt.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

8.3.3 Bebauungsplan Nr.179 – Potenburg -**159/2016**1. Behandlung der Stellungnahmen und2. Satzungsbeschluss

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.06.2016 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 2 Gegenstimmen: Herr von den Berg, Gruppe UWG/Grüne und Herr Dr. von Teichman, FDP und 1 Enthaltung: Frau Weinstock, BASU)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) i. V. m. den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 179 - POTENBURG – als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 77) beschlossen. Sie sind als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 30.05.2016 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

- 8.3.4 Bebauungsplan Nr. 156 (vorhabenbezogen) **160/2016**
Vorhaben- und Erschließungsplan 28 (VEP 28)
-Tonndeich / Ulmenstraße - Entwurfsbeschluss

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.06.2016 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 156 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans 28 (VEP 28) - TONNDEICH / ULMENSTRASSE** - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

- 8.3.5 Bebauungsplan Nr. 10, 2. Änderung (Altengroden) – Antrag der SPD-Fraktion **528/2016**

Herr Schmidt trug den Antrag der SPD-Fraktion vom 12.05.2016 vor.

Herr Föhlinger brachte den folgenden **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion ein:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan Nr. 10, 2. Änderung wie folgt zu ändern

..., dass die Farbe RAL 9010, weiß, nicht mehr ausschließlich vorgeschrieben wird. Baurechtliche Veränderungen bedürfen der amtlichen Genehmigung.“

Herr Schmidt, Herr Walzner und Herr Walpurgis sprachen sich für eine Zustimmung zu diesem Antrag aus. Hier bestehe die Möglichkeit, einem Bürger zu helfen und ein Zeichen für Bürgernähe zu setzen, indem die nicht mehr zeitgemäßen Festlegungen im Bebauungsplan geändert würden.

Die Herren Prof. Reuter, Hellwig, Dr. von Teichman und Sokolowski vertraten die Auffassung, dass zur Verfolgung individueller Interessen nicht der gesamte Bebauungsplan geändert werden könne. Zwar sei der hier geschilderte Fall äußerst bedauerlich, doch dürfe man keinen Präzedenzfall schaffen, was mit einer Zustimmung in jedem Fall geschehe. Auch wenn Gestaltungsvorschriften nicht immer alle noch Jahre nach Inkrafttreten nachvollziehbar seien, gelte es, das bestehende Recht zu beachten.

Im Verlauf der Diskussion beantragte **Herr Walpurgis**, die von diesem Fall betroffene Bürgerin, welche auf der Zuschauerempore anwesend sei, anzuhören. Der Antrag erhielt die gemäß § 13 der Geschäftsordnung vorgesehene Mehrheit, so dass **Frau Franke** anschließend den Sachverhalt schildern konnte.

Herr von den Berg riet Frau Franke, das beauftragte Bauunternehmen für Schadenersatz zu belangen, erklärte aber gleichzeitig, dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen zu können.

Herr Leinert wies darauf hin, dass im betreffenden Fall gegen geltendes Baurecht im Rahmen eines rechtskräftigen Bebauungsplanes verstoßen worden sei. Das Bauordnungsamt sei daher ungeachtet der Begleitumstände gezwungen,

Ermittlungen anzustrengen. Um die hier zugrunde liegende Gestaltungssatzung zu ändern, wäre zunächst eine Änderung des dazugehörigen Bebauungsplanes erforderlich. Das gesamte Verfahren mit Aufstellungs-, Entwurfs- und Satzungsbeschluss einschließlich der dazugehörigen Anhörungen koste die Stadt dann ca. 30 T€. Ohne einen entsprechenden Ratsbeschluss werde die Verwaltung in diese Richtung jedoch nicht tätig.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt-**

(bei 15 Ja-Stimmen: SPD-Fraktion; Gruppe UWG/Grüne; Frau Weinstock, BASU und 23 Nein-Stimmen: CDU-Fraktion; WBV-Fraktion; Herr Dr. von Teichman, FDP und Oberbürgermeister Wagner)

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan Nr. 10, 2. Änderung, wie folgt zu ändern, dass die Farbe RAL 9010, weiß, nicht mehr ausschließlich vorgeschrieben wird. Baurechtliche Veränderungen bedürfen der amtlichen Genehmigung.

8.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)

8.4.1 Neufassung der Baumschutzsatzung der Stadt Wilhelmshaven

164/2016

Herr Harms trug die Beschlussvorlage des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 01.06.2016 vor.

Herr Wilhelm dankte der Verwaltung für die Vorlage der neuen Baumschutzsatzung. Da bei der CDU-Fraktion jedoch einige Änderungswünsche vorlägen, diese aber nicht allein aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat durchgesetzt werden sollten, beantrage er die **Zurückverweisung an den Fachausschuss** zur Beratung dieser Änderungswünsche.

Herr Becker, Herr Dr. von Teichman und **Herr Föhlinger** stimmten dem Vorschlag zu, da es in der Tat noch einige offene Fragen zu klären gebe. Auch wurde das Fehlen einer Synopse bemängelt, anhand derer die Änderungen gegenüber der bisherigen Fassung der Satzung erkennbar würden.

Herr Leinert wies darauf hin, dass eine Synopse im Umweltausschuss bereits ausführlich vorgestellt worden sei.

Herr Sokolowski bat um Auskunft, ob ein Aufschub bis nach der Sommerpause und damit kurz vor die Wahl zeitlich unkritisch sei.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es bestünden dahingehend keine Probleme. Es sei unerheblich, ob der alte oder der neue Rat die neue Baumschutzsatzung verabschiede.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wilhelm auf **Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz** als zuständigem Fachausschuss wurde daraufhin **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat beschließt die geänderte Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb des Gebietes der Stadt Wilhelmshaven neu: „Baumschutzsatzung der Stadt Wilhelmshaven“.

8.5 Ausschuss für Sport und Kultur (Beigeordneter Möhle)8.5.1 Kunstrasenplatz Plauenstraße - Erneuerung des Oberbelages**85/2016**

Herr Möhle gab den Ratsvorsitz an Bürgermeisterin Glaser ab und trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 10.03.2016 vor.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, der Verwaltung sei daran gelegen, den Hockeysport in der Stadt zu erhalten und den Spielbetrieb ohne lange Pause aufrecht erhalten zu können. Um Zeit zu erhalten, eine tragbare Lösung für die betroffenen Vereine zu finden, stelle er folgenden **Änderungsantrag**:

„Der vorhandene Oberbelag wird im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zur Herstellung der Bespielbarkeit zunächst für die Saison 2016/2017 hergerichtet.“

Herr Föhlinger brachte für die SPD-Fraktion ebenfalls einen **Änderungsantrag** ein:

„Erstellung von Kunstrasenoberflächen für die Sportplätze

a) *Plauenstraße*

(Erneuerung des Oberbelages in Form eines langflorigen Kunstrasens für den Fußballsport -Langflorkunstrasen; die Finanzierung ist Bestandteil des HH 2016)

b) *Sportpark Freiligrathstraße*

(Hockey - Die Stadt Wilhelmshaven stellt den Hartplatz Freiligrathstraße zur Verfügung. Der WTHC erhält das Angebot von der Stadt, auf diesem Platz durch Aufbringen des entsprechenden Kunstrasenbelages eine Spielfläche ausschließlich für Hockey zu erstellen.).“

Die Änderung begründete Herr Föhlinger, damit, dass die Planungen für den VfL-Platz ursprünglich einen Kunstrasenbelag für Fußball vorsahen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert über die Abläufe. Er appellierte, aufgrund des mittlerweile entstandenen dringenden Handlungsbedarfs endlich eine Entscheidung zu fällen.

Oberbürgermeister Wagner machte nochmals darauf aufmerksam, wie wichtig der Erhalt der Hockeysports in der Stadt sei. Sofern der Rat sich für einen Langflorbelag für den VfL entscheide, müsse gleichzeitig auch eine Lösung für den Hockey gefunden werden. Eine wichtige Voraussetzung sei dafür nicht zuletzt, mit dem betroffenen Verein auseinander zu setzen. Sowohl für den Fußball als auch für den Hockey müsse letztlich eine Lösung gefunden werden.

Herr Becker stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte und Abstimmung. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde **mehrheitlich angenommen**.

Herr Walpurgis bat, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion nach dem Wort „Langflorkunstrasen“ um den Zusatz „ mit Gummigranulat verfüllt“ zu ergänzen.

Herr Föhlinger erklärte sich einverstanden.

(...)

Der anschließend von **Herrn Felbier** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung wurde ebenfalls **mehrheitlich angenommen**.

Die **Abstimmung über den Änderungsantrag von Oberbürgermeister Wagner** ergab folgendes Ergebnis:

1. Aretz, Sabine	= nein	24. ~~Kolbe, Petra~~	
2. Bakir, Nurhayat	= nein	25. Kunze, Michael	= ja
3. Barkowsky, Holger	= nein	26. Lach, Erika	= nein
4. Becker, Stefan	= nein	27. Lietzmann, Hans- Jürgen	= nein
5. Bohlen-Janßen, Werner	= ja	28. Linsen-Steiner, Sigrid	= nein
6. Breuer, Katja	= nein	29. Möhle, Helmut	= ja
7. Büscher, Rainer	= nein	30. Nolle, Uwe	= nein
8. Debring, Peter	= nein	31. ~~Ober-Bloibaum, Barbara~~	
9. Felbier, Jörn	= ja	32. Reese, Uwe	= nein
10. Föhlinger, Karlheinz	= nein	33. Prof. Reuter, Günter	= ja
11. ~~Gastmann, Sabine~~	=	34. Schmidt, Norbert	= nein
12. Gerriets, Oliver	= ja	35. Sokolowski, Peter	= nein
13. Glaser, Ursula	= ja	36. Tegge, Jasmin	= ja
14. Hammadi, Al-Chafia	= nein	37. Veh, Michael	= nein
15. Harms, Martin	= ja	38. von den Berg, Michael	= nein
16. Heinemann, Uwe	= ja	39. Dr. von Teichman, Michael	= ja
17. Heinisch, Björn	= nein	40. Wagner, Andreas	= ja
18. Hellwig, Stephan	= ja	41. Walpurgis, Frank Uwe	= nein
19. Jacques, Howard	= nein	42. Walzner, Horst Dieter	= nein
20. Janßen, Byrte	= ja	43. Weinstock, Helga	= nein
21. ~~Jeschke, Wolfgang~~		44. Wilhelm, Lutz	= ja
22. ~~Kasiske, Siegfried~~		45. ~~Will, Christine~~	
23. ~~Klee, Brigitte~~			

Der **Änderungsantrag von Oberbürgermeister Wagner** war mit 15 Ja- und 23 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Über den **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde wie folgt abgestimmt:

1. Aretz, Sabine	= ja	24. ~~Kolbe, Petra~~	
2. Bakir, Nurhayat	= ja	25. Kunze, Michael	= nein
3. Barkowsky, Holger	= ja	26. Lach, Erika	= ja
4. Becker, Stefan	= ja	27. Lietzmann, Hans- Jürgen	= ja
5. Bohlen-Janßen, Werner	= nein	28. Linsen-Steiner, Sigrid	= ja
6. Breuer, Katja	= ja	29. Möhle, Helmut	= nein
7. Büscher, Rainer	= ja	30. Nolle, Uwe	= ja
8. Debring, Peter	= ja	31. ~~Ober-Bloibaum, Barbara~~	
9. Felbier, Jörn	= nein	32. Reese, Uwe	= ja
10. Föhlinger, Karlheinz	= ja	33. Prof. Reuter, Günter	= nein
11. ~~Gastmann, Sabine~~	=	34. Schmidt, Norbert	= ja
12. Gerriets, Oliver	= nein	35. Sokolowski, Peter	= ja
13. Glaser, Ursula	= nein	36. Tegge, Jasmin	= nein
14. Hammadi, Al-Chafia	= ja	37. Veh, Michael	= ja
15. Harms, Martin	= nein	38. von den Berg, Michael	= ja
16. Heinemann, Uwe	= nein	39. Dr. von Teichman, Michael	= nein
17. Heinisch, Björn	= ja	40. Wagner, Andreas	= nein
18. Hellwig, Stephan	= nein	41. Walpurgis, Frank Uwe	= ja
19. Jacques, Howard	= ja	42. Walzner, Horst Dieter	= ja
20. Janßen, Byrte	= nein	43. Weinstock, Helga	= ja
21. ~~Jeschke, Wolfgang~~		44. Wilhelm, Lutz	= nein
22. ~~Kasiske, Siegfried~~		45. ~~Will, Christine~~	
23. ~~Klee, Brigitte~~			

Der **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** wurde somit bei 23 Ja- und 15 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Der **geänderte Beschluss** lautet damit wie folgt:

Der Rat stimmt der Erstellung von Kunstrasenoberflächen für die Sportplätze

- a) Plauenstraße
(Erneuerung des Oberbelages in Form eines langflorigen Kunstrasens für den Fußballsport –Langflorkunstrasen mit Gummigranulat verfüllt –; die Finanzierung ist Bestandteil des HH 2016)
und
- b) Sportpark Freiligrathstraße
(Hockey - Die Stadt Wilhelmshaven stellt den Hartplatz Freiligrathstraße zur Verfügung. Der WTHC erhält das Angebot von der Stadt, auf diesem Platz durch Aufbringen des entsprechenden Kunstrasenbelages eine Spielfläche ausschließlich für Hockey zu erstellen.) zu.

(geändert durch Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 15.06.2016)

8.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Beigeordneter Hellwig)

8.6.1 Übertragung von Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb GGS - Kapitaleinlage **155/2016**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 09.06.2016 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Vorbehaltlich der Zustimmung zur BV 153/2016 stimmt der Rat der Übertragung von Grundstücken und Gebäuden aus dem Bilanzeigentum der Kernverwaltung in das Bilanzeigentum des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) zu. Die Übertragung erfolgt rückwirkend zum 01.01.2016 im Rahmen einer Kapitaleinlage mit einem Buchwert in Höhe von 246.746,58 €.

8.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Veh)

8.7.1 Glasüberdachungen Kieler Straße und Börsenstraße **169/2016**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.06.2016 vor.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass es durchaus auch Anhänger der Glasüberdachungen gebe und warf die Frage auf, ob es nicht ausreichend sei, die Konstruktion gründlich zu reinigen.

Frau Breuer machte auf die erst kürzlich vom Rat beschlossene Gestaltungssatzung für die Marktstraße aufmerksam. Die sich daraus bietenden Möglichkeiten sollten für alle Geschäftsleute in der Fußgängerzone auch nutzbar sein und dies werde erst durch das Entfernen der Glasüberdachungen ermöglicht. Sie mahnte gleichzeitig vor der Methode, Bauwerke absichtlich nicht zu pflegen, um deren Abriss zu rechtfertigen.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, der Sanierungsstau sei über einen langen Zeitraum entstanden. Wolle man die Überdachungen behalten, sei es mit einer Reinigung nicht getan. In diesem Fall wäre eine gründliche und somit entsprechend kostenintensive Überholung notwendig.

Herr Hellwig signalisierte ebenfalls die Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag. Zum einen wegen der bereits erwähnten Gestaltungssatzung, zum anderen um dem Sanierungsstau beizukommen, dessen Entstehung den vergangenen Generationen zuzurechnen sei.

Herr Leinert führte aus, es gebe durchaus auch Stimmen für den Erhalt der Glasüberdachungen. Um jedoch die neue Gestaltungssatzung umsetzen zu können und die Innenstadt gestalterisch zu stärken, werde der Abbau empfohlen. Für einen Rückbau hätten sich im Übrigen auch der City Interessenverein, der sich aus Geschäftsleuten zusammensetze, sowie Vertreter der IHK ausgesprochen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 2 Gegenstimmen: Frau Weinstock, BASU und Herr Dr. von Teichman, FDP sowie 2 Enthaltungen: Frau Linsen-Steiner, WBV-Fraktion und Herr Schmidt, SPD-Fraktion)

Aufgrund des baulichen Zustandes, erforderlicher Instandhaltungsaufwendungen und um weitere Entwicklungsmöglichkeiten sowie Gestaltungsmöglichkeiten für den betroffenen Bereich zu realisieren, werden die Glasüberdachungen in der Kieler Straße und Börsenstraße zurückgebaut und entfernt.

8.8 Schulausschuss (Ratsfrau Will)

8.8.1 Namensgebung der "Grundschule in der Gartenstadt" zum Schuljahr 2016/17 **141/2016**

- zurückgezogen -

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner gab mit Hilfe zweier Schaubilder einen Überblick über die Defizitentwicklung sowie die Liquiditätsentwicklung des städtischen Haushaltes.

(Die Übersichten sind im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.)

10 Einwohnerfragestunde**10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde**
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Diekmann bat um Auskunft zu Tagesordnungspunkt 8.3.2 „47. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven – Potenburg - 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Feststellungsbeschluss“ wegen der Begrenzung der qm-Zahl in der Güterstraße zur Stärkung der Innenstadt.

Herr Leinert erklärte, der Bebauungsplan für Gewerbe lasse für alle Gewerbebetriebe eine Verkaufsfläche von 800 qm zu. Eine Erweiterung dieser Flächen sei bislang abgelehnt worden.

Frau Diekmann zeigte sich erstaunt darüber, dass dieser Schutz der Innenstadt für das neue Baugebiet Potenburg dann scheinbar nicht mehr gelte.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, es gehe hier weniger um den Schutz der Innenstadt, als vielmehr um das Bemühen, Geschäfte in so genannten „integrierten Lagen“ anzubieten, also verstärkt dort, wo im direkten Umkreis Menschen leben. Dies sei in der Güterstraße nicht der Fall.

Herr Rech fragte zum Tagesordnungspunkt 8.7.1 „Glasüberdachungen Kieler Straße und Börsenstraße“, ob die Anlage in einem Bebauungsplan festgeschrieben sei und in Folge dessen ohne weiteres abgebaut werden dürfe. Er bedaure den Wegfall des ehemaligen Vorhaben, einen Regenschutz für Besucher der Marktstraße anzubieten.

Herr Leinert wies darauf hin, es gebe zwar einen Bebauungsplan, doch sei ein Abriss nicht genehmigungspflichtig. Der Rückbau sei somit möglich.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

gez.

Möhle
Ratsvorsitzender

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin